

# Presseinformation



Es gilt das gesprochene Wort

TOPs 4+44+51 – Änderung des Hochschulgesetzes

Dazu sagt der hochschulpolitische Sprecher  
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,

**Rasmus Andresen:**

**Landtagsfraktion  
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin  
**Claudia Jacob**

Landeshaus  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

Telefon: 0431 / 988 - 1503  
Fax: 0431 / 988 - 1501  
Mobil: 0172 / 541 83 53

presse@gruene.ltsh.de  
www.sh.gruene-fraktion.de

## **Der kleinen Hochschulgesetz- Novelle fehlt der große Wurf**

**Nr. 040.11 / 26.01.2011**

In Ihrer Hochschulpolitik, Herr Minister, fehlt der große Wurf, die Vision für 2020. Wir begrüßen Teile der Novellierung des Hochschulgesetzes. So ist es gelungen, unseren Grünen Antrag zur Einrichtung gemeinsamer Studiengänge in die Hochschulgesetz-Novellierung einfließen zu lassen. Dies führt zu konkreten Verbesserungen an den Hochschulen. Wir bedauern es aber ausdrücklich, dass die Koalitionsfraktionen im Bildungsausschuss keine Kompromisse mehr eingehen wollten und im Eilverfahren und ohne Anhörung das Hochschulzulassungsgesetz ändern.

Wir kritisieren dies scharf und setzen dem eigene Schwerpunkte durch unsere Änderungsanträge entgegen. Wir wollen die Zugänge zum Masterstudium erleichtern und diese nicht wie Sie gerade für FachhochschulabsolventInnen verschlechtern. Unter den Verschärfungen, die Sie bei der Zulassung zum Master einführen, leiden vor allem BachelorabsolventInnen von Fachhochschulen. Gerade an Fachhochschulen gibt es zu wenig Masterstudienplätze. Durch den Hochschulpakt II produzieren wir 10.000 weitere BachelorabsolventInnen, die überwiegend auf einen Masterstudienplatz warten und Sie verschärfen die Hürden. Wir wollen mehr Durchlässigkeit schaffen. Mit dem Bachelorabschluss muss man die Möglichkeit bekommen ein Masterstudium aufnehmen zu können.

Wir wollen dafür sorgen, dass Teilzeitstudiengänge zur besseren Verzahnung von Studium und Beruf oder Studium und Familie keine Ausnahme mehr sind, sondern eine selbstverständliche Studienform.

Gleichstellungspolitik soll deutlich aufgewertet werden. Sie soll als Aufgabe direkt bei den Präsidien angesiedelt werden und die Gleichstellungsbeauftragten sollen ein Veto-

recht bei Entscheidungen bekommen, die der Gleichstellung entgegenstehen. An der größten Universität des Landes, der Christian-Albrechts-Universität, ist dies schon üblich.

Wir wollen die Hochschulen demokratisieren. Deshalb haben wir vorgeschlagen, in einem ersten Schritt den Universitätsrat abzuschaffen, so wie es die Landeshochschulrektorenkonferenz in einem Brief an Sie, Herr Minister De Jager, gefordert hat. Leider haben Sie diesen Vorschlag im Bildungsausschuss bereits abgelehnt. Ihr Antrag zur Umstrukturierung von Universitätsrat und Medizinausschuss werden wir zustimmen. Er ist besser als gar nichts.

Die kleine Hochschulgesetz-Novelle ist Flickschusterei, es fehlt ein großer Wurf. Wir werden in den kommenden Monaten daran arbeiten und für den Fall der Fälle vorbereitet sein.

Der Bericht der Landesregierung zum Hochschulcontrolling zeigt vor allem eins: Schleswig-Holsteins Hochschulen sind sehr unterschiedlich und schwer miteinander zu vergleichen. Während technische und medizinische Fakultäten an Universitäten höhere Ausgaben pro Studierenden haben, akquirieren Sie gleichzeitig mehr Drittmittel. Die Hochschullandschaft ist vielfältig und nach der Debatte im letzten Jahr möchte ich hinzufügen: Das ist gut so!

Wir möchten den Rahmen nutzen und uns ausdrücklich bei den Akteuren an den Hochschulen für ihre Arbeit bedanken. Sie leisten trotz schlechter finanzieller Ausstattung und einer chaotischen Landesregierung hervorragende Arbeit. Als Beispiel hierfür möchte ich die Universitäten in Flensburg und Lübeck nennen, die durch eigene Konzepte die Lücken ausfüllen, die Sie, Herr Minister, aufgerissen haben.

Ihren Stil aus dem letzten Jahr, Herr Minister, scheinen Sie beibehalten zu haben. Hochschulen stellen Sie vor vollendete Tatsachen: Ich denke hier an das auslastungsbezogene Sockelbudget. Sie ändern damit im laufenden Haushaltsjahr die Finanzierungsgrundlage ohne mit den Hochschulen das vertraglich festgehaltene Benehmen herzustellen. Konfrontation statt Dialog: Dies ist nicht nur schlechter Stil, Herr Minister. Viel schlimmer ist, dass sie durch unausgelegene Konzepte den Hochschulen die letzte Luft zum Atmen nehmen. Und dies alles, obwohl die Hochschulen bereits 2007, in ihrer Zeit als Staatssekretär, deutlich gemacht haben, wie unausgelegene das bisherige Konzept ist.

Wir fordern Sie deshalb auf, die Einführung des auslastungsbezogenen Sockelbudgets auf 2012 zu verschieben und sich mit den Hochschulen an einen Tisch zu setzen, um das Modell zu verbessern. Wir beantragen, den Bericht zum Hochschulcontrolling in den Bildungsausschuss zu überweisen. Es gibt viele Baustellen an den Hochschulen und im Ministerium, die es verdient haben vom Parlament begleitet zu werden.

\*\*\*